

Es ist ein unscheinbares schwarz-weißes Foto, das im Bonner Haus der Geschichte den Übergang vom Ende des Zweiten Weltkriegs zur Nachkriegszeit einleitet und die Weltsicht auf Deutschland erschreckend nüchtern dokumentiert: Eine mit zwei Hakenkreuzen versehene Plakatwand warnt alliierte Soldaten »You are entering Germany / Be on your guard«. Also »Sie betreten Deutschland / Seien Sie auf der Hut«. Den Deutschen war im Frühjahr 1945 nicht zu trauen! Der deutsche Faschismus hatte Europa in Trümmer gelegt, war für mehr als 50 Millionen Opfer verantwortlich, hatte in Konzentrationslagern apokalyptische Orte geschaffen, die bis heute nichts von ihrem Schrecken verloren haben.

Wachstum eines demokratischen Geistes fördern

Nach der bedingungslosen Kapitulation bestimmte denn auch eine große Verunsicherung den Alltag: Entlassung von Amtsträgern, Fragebögen, die eine Verstrickung mit dem NS-System offenlegen sollten, Verhaftung, Internierung und erste Entnazifizierungsverfahren. Andererseits ließen die Militärbehörden in allen Besatzungszonen keine Zweifel darüber aufkommen, dass die politische Willensbildung über Parteien erfolgen sollte: Politische Parteien durften zunächst auf Kreisebene, bald aber auch für das gesamte »Britische Kontrollgebiet« gegründet werden, um »das Wachstum eines demokratischen Geistes in Deutschland zu fördern«. Die Gründung einer Partei bedurfte der ausdrücklichen Zustimmung der Militärregierung. Gruppierungen, die nazistisches Gedankengut vertraten, dem Militarismus huldigten, »benachteiligende Unterschiede« aufgrund von Rasse, Farbe, Staatsangehörigkeit oder Religionszugehörigkeit einzuführen suchten, wurde die Genehmigung nicht erteilt. Sie machten sich zudem strafbar.

Die KPD war die erste Partei, die am 27. September 1945 in Bielefeld einen Antrag auf Zulassung stellte. Der SPD-Antrag folgte am 5. Oktober. Das wiedererwachte Selbstbewusstsein zeigte sich vor allem bei den Sozialdemokraten, die bereits am 26. Oktober 1945 zu einer Gründungsfeier in die Rudolf-Oetker-Halle einluden, obwohl die offizielle Lizenz erst am 5. Januar 1946 erteilt wurde. Im November 1945 stellten ehemalige Mitglieder der »Deutschen Demokratischen Partei« einen Antrag auf Gründung einer »demokratischen Partei«. Als die Militärregierung im April 1946 dem Antrag zustimmte, kam es zur Gründung der FDP, die bis in die 1960er Jahre national-konservativ ausgerichtet war. Im Unterschied zu den bisher genannten Parteien handelte es sich bei der CDU um eine Neugründung. Die Bielefelder Gründungsmitglieder hatten sich vor 1933 in bürgerlich- und national-konservativen sowie liberalen Parteien engagiert. Der Antrag auf Gründung der »Christlich-Demokratischen Partei« wurde im Dezember beantragt und im März 1946 genehmigt.

Seit dem 15. September 1945 konnten alle Parteien auch ohne Lizenz politische Versammlungen durchführen. Und davon gab es viele. Zu groß war der Wunsch, die Öffentlichkeit über zwölf Jahre Nazi-Diktatur zu informieren und für die eigenen Positionen zu werben. Voraussetzung war auch hierbei, dass die Militärbehörden Ort, Inhalt sowie die Redner*innen der Versammlung genehmigen mussten.

Politischer Diskurs über Zeitungen

1946 konnte der politische Diskurs auch über Zeitungen geführt werden, die einer Lizenz der Militärbehörden bedurften. Am 15. März 1946 erschien die erste Ausgabe der »Westfalen-Zeitung«. Die Redaktion betonte einerseits, dass die Zeit der »Parteizeitungen« vorbei sei, versprach aber anderer-



FOTO: STADTARCHIV BIELEFELD

Demokratie wagen!

Nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur konnten die Bielefelder*innen 1946 erstmals wieder frei wählen. Wie sich die Parteien nach dem Krieg neu gründeten, hat Bernd J. Wagner recherchiert

seits, »für christliche und demokratische Grundsätze in Politik und Kultur ein(zu)treten und auf dem Kampffeld der politischen Meinungen enge Tuchfühlung mit demjenigen Parteiblock (zu) haben, der sich die »Durchsetzung christlich demokratischer Grundsätze in Staat und öffentlichen Leben zum Ziel gesetzt« habe. Zwei Wochen später erschien die erste Ausgabe der sozialdemokratischen »Freien Presse«, die »nach langen Jahren erzwungenen Schweigens« endlich »des Volkes Stimme wieder zu Gehör« bringen wollte. Die drei großen Ziele »unserer Aufklärung und Erziehung« seien »Demokratie, Sozialismus und Völkerfrieden«. Im Juli erschien das kommunistische »Volks-Echo für Westfalen und Lippe«. »In unseren Spalten sollen alle Schichten des Volkes zu Worte kommen«, hieß es zum Geleit, und mit der Losung »des Volkes Wille sei oberstes Gebot« informierte die Zeitung über das Programm der KPD.

»Wählen ist erste Bürgerpflicht!«

Die ersten freien Wahlen seit 1932 fanden in der britischen Zone in ländlichen Gemeinden und Ämtern bereits am 15. Sep-

tember 1946 statt. In Städten wie Bielefeld oder Herford wurden erst am 13. Oktober 1946 die Stimmen abgegeben. In einem Faltblatt der Militärregierung hieß es: »Wählen ist erste Bürgerpflicht!« Man habe sich bewusst dafür entschieden, mit Kommunalwahlen zu beginnen, weil »die Stärke der Demokratie [...] bei den Gemeinden« liege. Die Wahlen würden ein »Wertmesser dafür sein, inwieweit die Deutschen bereit sind, sich selbst zu regieren.«

Der Wahlkampf im Spätsommer und Frühherbst 1946 fand vor allem in Versammlungen der Parteien statt, die oft außerordentlich gut besucht waren. Es wurden vor allem Handzettel verteilt; Plakate, die heute das Straßenbild dominieren, gab es nur wenige. Dazu war das Papier viel zu knapp. Dagegen waren die drei Zeitungen wichtige Instrumente zur Verbreitung politischer Positionen. Hier fanden auch kleinere Scharmützel der Parteien statt. Die »Freie Presse« berichtete über »Hintertreppenpolitik der CDU« und »Austritte aus der KPD«. Die »Westfalen Zeitung« konzentrierte sich darauf, ausführlich über Veranstaltungen und Ziele der CDU zu informieren. Und für das »Volks-Echo« war »ein neues demokratisches Deutschland« nur mit den Kandidaten der KPD möglich. Wählt die »aktivsten Vertreter der Arbeiter«, forderte die Zeitung ihre Leser*innen auf.

Auch wenn im September kaum ein Tag verging, an dem die Zeitungen nicht auf die Wahl eingingen, standen doch ganz andere Themen im Vordergrund: zum Beispiel die Nürnberger Prozesse oder das »fehlende Fett in der Suppe«, Kohlenmangel, fehlendes Brot, Wohnraumbeschaffung sowie die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen und Vertriebenen. Auf die alltägliche Not, die es vielen Menschen fast unmöglich machte, hoffnungsvoll in die Zukunft zu schauen, mussten die Parteien eine Antwort finden. Letztlich konnten sie 1946 aber nur Visionen skizzieren, wie das Leben in einer fernen Zukunft aussehen könnte.

»Bielefeld war rot – ist rot und bleibt rot«

Das Wahlergebnis wurde von den Sozialdemokraten frenetisch gefeiert: »Bielefeld war rot – ist rot und bleibt rot«. 50,2 Prozent der Stimmen entfielen auf die SPD, 39,4 Prozent auf die CDU und die KPD erhielt 6,0 Prozent. Die FDP verpasste mit 4,3 Prozent den Einzug ins Rathaus. Weitere Parteien waren nicht zur Wahl angetreten. Während die SPD ihren Wahlsieg in Bielefeld feierte, freute sich die »Westfalen-Zeitung« darüber, dass die CDU die stärkste Partei im Regierungsbezirk war und das »Volks-Echo« beklagte, dass die »Spaltung der Arbeiterklasse« die »Reaktion« fördere. Die erste demokratische Wahl in Bielefeld hatte aber auch gezeigt, wie wichtig Medien in der politischen Auseinandersetzung sind. Nur die drei ins Rathaus gewählten Parteien hatten eine verlässliche Zeitung an ihrer Seite.

» Info »

Der Historiker Bernd J. Wagner ist Mitarbeiter des Bielefelder Stadtarchivs.

Antiquariat
in der Arndtstraße
An- und Verkauf
alter und gebrauchter Bücher
– Büchersuchdienst –
Arndtstraße 51
33615 Bielefeld
05 21 / 923 89 96
Mo – Fr 12⁰⁰ – 19⁰⁰ · Sa 10⁰⁰ – 14⁰⁰

Stimmen
Reparatur
Begutachtung
Erwin Klumpf
Klavierbaumeister
Telefon 0521.178126
www.erwin-klumpf.de

Anzeigen